

SVP verliert Wähler laut dem SRG-Wahlbarometer Seite 12

In der Migrationspolitik sind die Grünen wirtschaftsnah Seite 13

Kanton Bern macht Druck im Konflikt um Asylunterkünfte Seite 13

Wenn Söhne ihre hilfsbedürftigen Eltern umsorgen Seite 15

## «Nicht in meinem Namen»

Rund 400 000 Muslime praktizieren ihre Religion in der Schweiz friedlich – trotzdem werden sie mit Terroristen verglichen

Einzelne religiös radikalisierte junge Frauen ziehen als Bräute oder Kämpferinnen in den «heiligen Krieg». Dies hat Folgen für die in der Schweiz lebenden Musliminnen, die in Frieden ihre Religion leben wollen.

Seraina Kobler

Das Bild, welches im Internet kursiert, erinnert beinahe an ein Filmplakat: Es zeigt einen Krieger, dessen Kopf mit einem schwarzen Tuch umschlungen ist. Um die eine Schulter trägt er ein Gewehr, um die andere einen Patronengürtel. Darunter ist zu lesen: «Jihad. My life. My love.» Junge Musliminnen teilen das Bild auf Facebook – die Mädchen schreiben über Allah, als sei er ein Pop-Star. Seit eine Gymnasiastin aus Konstanz vor rund einem Jahr nach Syrien in den «heiligen Krieg» gezogen ist, wird in den Medien immer wieder über Frauen berichtet, die sich religiös radikalisieren. Aus ganz Europa zögen sie in die Kampfgebiete – auch aus der Schweiz, heisst es. «Allahs Frauen schiessen scharf», titelte der «Sonntags-Blick» letzten Frühling. Frauen würden im Jihad eine zunehmend aktive Rolle spielen, lässt sich Jihadismus-Experte Lorenzo Vidino zitieren.

Der Nachrichtendienst des Bundes scheint davon nichts zu wissen. Auf Anfrage sagt er, man habe Kenntnis von rund 50 Personen, die im Verdacht stünden, als «Gotteskrieger» in den Irak, nach Syrien, Afghanistan, Pakistan, Somalia oder Jemen gereist zu sein. Bestätigte Informationen existierten aber nur bei 16 Personen. Über eventuelle Fälle von Frauen will man sich nicht äussern.

### Rolle der Frau ist angesehener

Andere Meldungen kommen aus dem nahen Ausland. Vor einigen Wochen wurden eine 15- und eine 17-jährige Französin an der Grenze gestoppt. Sie wollten sich der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) anschliessen. Die Beweggründe dafür sind unklar. Eines der



«Der IS handelt nicht religiös», sagt Melanie Gloor aus Zürich.

CHRISTOPH RUCKSTUHL / NZF

Mädchen stand wegen Anorexie in Behandlung und erlitt am Abend vor der Abreise einen Schwächeanfall, in dessen Folge sie ihre Absicht verriet. Pläne geschmiedet hatten die beiden Teenager über ein Online-Portal. Attraktiv könnte für sie die Tatsache gewesen sein, dass im Gegensatz zum klassischen Islam die Frau im Salafismus angesehener ist. Schliesse sie sich den militärischen Salafisten an, gebe es die Option, dass sie kämpfen und alleine reisen dürfe, sagt auf Anfrage Georg Otto Schmid. Er ist Religionsexperte und leitet die evangelische Informationsstelle Kirchen – Sekten – Religionen.

Als Vorbild dient laut Schmid Aischa, die dritte Frau des Propheten Mohammed, die auf einem Kamel in die Schlacht zog. Schmid spricht aber von einigen wenigen Fällen, wo sich besorgte Eltern Rat holten, weil sich ihre Tochter dem radikalen Salafismus zuwandte. Die Jugendlichen benutzen den Glauben dann oft als «Protest-Religion». Sie grenzen sich damit gegen das Elternhaus und ihr Umfeld ab. Dies könne in einem muslimischen, aber auch im Umfeld einer anderen Weltanschauung des Elternhauses geschehen, sagt Schmid. Der Extremismus sei oft die falsche Antwort auf eine echte Krise. Dennoch müsse man die Relationen nüchtern betrachten. Von den geschätzten 400 000 Muslimen in der Schweiz stehen 50 unter Beobachtung des Nachrichtendienstes. Auch sind nicht alle Salafisten in gleichem Masse gewaltbereit.

Es können laut Schmid drei Gruppen unterschieden werden. Im Gegensatz zu den «puristischen Salafisten» und den «politischen Salafisten» wenden derzeit nur die «jihadistischen Salafisten» Gewalt an, um einen Gottesstaat aufzubauen. Für die anderen ist der «Jihad» einzig ein Mittel, um den Staat zu verteidigen. Klare Regeln gibt es aber bei allen Salafisten, und diese widersprechen dem gesellschaftlichen Individualismus in der Schweiz. Seit den 1960er Jahren habe sich ein Wertepluralismus entwickelt, der weniger Halt biete, sagt Schmid. In Einzelfällen könne dies Jugendliche zu einer radikalen Phase verführen.

Weniger gesprochen wird über die 99,999 Prozent der Muslime in der Schweiz, die einen friedlichen Glauben leben. Andreas Tunger-Zanetti, Islamwissenschaftler an der Universität Luzern, hat während dreier Jahre muslimische Jugendgruppen untersucht. Hier findet sich jene Minderheit, etwa ein Sechstel der Jugendlichen, die den Islam praktizieren. Sie setzen sich bewusst mit dem politischen Islam-Diskurs auseinander. Neben Freizeitaktivitäten pflegen sie den Austausch darüber, wie sich gelebter Alltag in der Schweiz und ihre Religion vereinbaren liessen: «Gebe ich als Mann einer Frau, als Frau einem Mann die Hand?»

### Junge Muslime wehren sich

Ob praktizierend oder nicht – junge Muslime geben sich zunehmend eine Stimme. «Nicht in meinem Namen», heisst eine Aktion, die junge Briten auf sozialen Netzwerken gestartet haben. Sie wollen ihre Religion verteidigen. Dass der IS unter dem Deckmantel ihrer Religion wahllos Menschen abschachtet, widerspreche jeglichem Grundsatz der islamischen Lehre, prangern sie in Videoclips an. In der Schweiz leiden Muslime unter zunehmender Islamophobie. Seit der IS versuche, mit aller Gewalt einen islamischen Staat aufzubauen, ist die Angst vor Anfeindungen gestiegen.

### MUSLIMINNEN IN DER SCHWEIZ

Die Frau mit Kopftuch als Objekt des Hasses erlebt in den letzten Wochen eine unrühmliche Renaissance. Deren Anblick löst hierzulande immer noch Befremden aus. Hinzu kommt, dass die Angst vor einer Radikalisierung der muslimischen Einwohner wächst, weshalb auch Schweizer Distanz wahren. Doch die Frauen wollen nur in Frieden ihre Religion ausüben, ohne als «Terror-Bräute» missverstanden zu werden.

www.nzz.ch

## Aargauer Pläne für die nächste Expo

Anregung des Gewerbes

(sda) · Die nächste Landesausstellung soll im Kanton Aarau stattfinden. Dafür macht sich der Aargauische Gewerbeverband (AGV) stark. Er hat eine Interessengemeinschaft gegründet und will, dass der Bund die Rahmenbedingungen festlegt. Der Kanton Aargau möchte sich als selbstbewusste Einheit der gesamten Schweiz zeigen, teilte der Gewerbeverband in einer Mitteilung mit. Der Kanton der Regionen könne mit diesem Ziel zusammenstehen und ein gemeinsames Werk schaffen.

Der Verband ist bereits in Bern vorstellig geworden. AGV-Vizepräsidentin und SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger deponierte beim Bundesrat eine Anfrage, deren Beantwortung allerdings in den Augen der Initianten unbefriedigend ausfiel. In der Herbstsession doppelte Flückiger mit einer Interpellation nach. Der Vorstoss wurde von sämtlichen aargauischen Nationalrätinnen und Nationalräten mitunterzeichnet. Die Antwort wird noch vor der Winter-session erwartet. Nicht nur im Aargau werden indes Pläne für die nächste Expo gehegt: Die Kantone St. Gallen, Thurgau und Appenzell Ausserrhodens wollen zwischen Bodensee, Rhein und Säntis eine Landesausstellung ausrichten. Für die Gestaltung des Konzeptes der «Expo 2027 Bodensee-Ostschweiz» gingen 60 Wettbewerbsbeiträge ein.

## Die Bündner stellen sich quer

Nein zur Fraktionsgemeinschaft zwischen CVP und BDP in Widmer-Schlumpfs Kanton

Jetzt ist es verbrieft: Die Spitzen von BDP und CVP wollen eine Fraktionsgemeinschaft gründen. Doch aus dem Kanton Graubünden kommt ein dezidiertes Nein.

Michael Schoenenberger

Die Parteispitzen von CVP und BDP sind in den letzten zwei Jahren zu wahren Meistern im Ankündigen geworden. Etwa alle zwei oder drei Wochen thematisieren die Parteien medial ihren Kooperationswillen. So geschehen auch am Freitag in der Westschweizer Zeitung «Le Temps». Diesmal spricht CVP-Präsident Christophe Darbellay: Wie die Pläne einer Zusammenarbeit in der Mitte aussehen, werde Ende Jahr bekanntgegeben – oder Anfang 2015.

### BDP befragt Kantone

Die Bürgerlich-Demokraten haben derzeit bei einzelnen Kantonalparteien eine interne Umfrage gestartet. Im Fokus: die Kantone Bern und Graubünden. Die Parteistrategen wollen wissen, was die Basis von einer Zusammenarbeit mit der CVP hält. Der Brief ist Ende September bei den kantonalen Sektionen eingegangen – Rückmeldungen werden

bis Ende Oktober erwartet. Beno Niggli, Grossrat und zweiter Vizepräsident der BDP Graubünden, bestätigt, dass es konkret um die Bildung einer gemeinsamen CVP-BDP-Fraktion unter der Bundeshauskuppel geht. Diese, so sagt er, soll den Namen CVP-BDP-Union bekommen. Starten soll die neue Allianz im April 2015. So lautet der Inhalt des Schreibens an die Kantonalparteien.

In Davos tagte am Mittwoch und am Donnerstag die Fraktion der BDP des Kantons Graubünden. Dass die Skepsis im Heimatkanton von BDP-Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf überwiegt, ist nicht überraschend. Niggli redet nun aber Klartext: «Die BDP Graubünden wird ganz klar ablehnen. Wir wollen keine Fraktionsgemeinschaft zwischen unserer Partei und der CVP.» Grundsätzlich sei man nicht gegen eine Kooperation mit der CVP. Jede Art von strukturellen Verschmelzungen lehne man aber kategorisch ab, betont Niggli. «Eine Fusion wäre ein Horrorszenario.»

Er erinnert daran, dass die politische Landschaft im Kanton Graubünden heterogen ist. So würde sich eine strukturelle Allianz mit der katholischen CVP fatal auswirken. «In reformierten Gegenden hätten wir dann schnell einen schwarzen Tschopen an», sagt Niggli. Die Wählerschaft hätte mit FDP und SVP Alternativen, gibt er zu bedenken.

Die Bündner BDP ist nicht a priori gegen eine Stärkung der pluralisierten Mitte, indem vermehrt zusammengearbeitet wird. Man wolle konstruktiv mitwirken. Es seien aber breitere Allianzen zu suchen, meint Niggli, unter Einbezug der FDP und allenfalls auch der Grünliberalen.

### «Überhaupt keinen Sinn»

Auch in anderen Kantonen werden die in Bern geschmiedeten Pläne kritisch beäugt. Namentlich in Zürich ist die Skepsis gross. «Wir wollen eigenständig politisieren», sagt der Zürcher BDP-Kantonsrat Rico Brazzol. Zürich wählt Mitte April 2015 ein neues Kantonsparlament. «Erst danach werden wir hier in Zürich über mögliche Listenverbindungen entscheiden.» Damit relativiert Brazzol auch die frühere Ankündigung der Parteistrategen, es werde flächendeckende Listenverbindungen zwischen der BDP und der CVP für die eidgenössischen Wahlen 2015 geben.

Man habe in Zürich zwar wenig gegen eine Fraktionsgemeinschaft in Bern, betont Brazzol. Eine solche könne unter verschiedenen Aspekten hilfreich sein. Doch im Kanton Zürich ergebe eine Kooperation zum jetzigen Zeitpunkt «überhaupt keinen Sinn». Und eine Fusion komme schlicht nicht infrage, stellt der BDP-Mann klar.

## Kein Aufpreis für Passfahrten

Neue Postauto-Tarife

(sda) · Wer mit dem Generalabonnement (GA) oder anderen Pauschalfahrausweisen im Postauto über den Gotthardpass fährt, muss künftig keinen Aufpreis mehr zahlen. Postauto hebt den Zuschlag für diese und andere touristische Strecken ab dem Fahrplanwechsel auf. Dafür werden die Einzelbillette auf diesen Routen etwas teurer.

Die Postauto AG hatte das sogenannte Alpine Ticket Ende 1999 eingeführt, um die Ertragslage auf touristischen Linien zu verbessern: Inhaber von Generalabonnements (GA), Tageskarten und anderen Pauschalfahrausweisen müssen seitdem auf knapp 40 Postautostrecken in den Bergen einen Zuschlag zahlen. Weil die Postauto AG mittlerweile mehr Handlungsspielraum bei der Preisberechnung hat, hebt sie das Alpine Ticket Mitte Dezember auf. Das System habe zudem zu Reklamationen der Fahrgäste sowie an gewissen Tagen zu Verspätungen der Postautos geführt, heisst es in der Mitteilung.

Pro Bahn, die die Interessen der Bahnkunden vertritt, zeigte sich befriedigt. GA-Inhaber hätten zuschlagspflichtige Linien gemieden. Wermutstropfen sei, dass die Einzelfahrpreise erhöht würden. «Auf der anderen Seite ist es aber richtig, wenn die Stammkunden des öffentlichen Verkehrs bevorzugt werden», schrieb Pro Bahn.